



Stadtrat beschließt vertiefte Überprüfung von Vonovia

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE hat der Stadtrat jetzt eine vertiefte Überprüfung der Geschäftspraktiken des Wohnungskonzerns Vonovia beschlossen. CDU, FDP und Oberbürgermeister Dirk Hilbert stimmten dagegen. Einen Tag zuvor war es zum Eklat gekommen, weil trotz voller Zuschauertribüne eine von der LINKEN beantragte Aktuelle Stunde zur Vonovia auf Antrag der CDU abgesetzt wurde. Das löste großen Unmut bei den interessierten Zuschauern aus.

von Maximilian Kretschmar

Es war ein bislang beispielloser Vorgang in der Geschichte des Stadtrates: In der vergangenen Sitzung wurde auf Antrag der CDU die von der LINKEN beantragte Aktuelle Stunde zu den Geschäftspraktiken der Vonovia einfach von der Tagesordnung genommen. Die extra zu diesem Thema in das Rathaus gekommenen Mieter verließen empört die Zuschauertribüne. Die Fraktion DIE LINKE zeigte sich solidarisch und verließ für rund zwanzig Minuten geschlossen den Plenarsaal. Doch das Geschäftsgebaren der Vonovia bewegt viele Dresdnerinnen und Dresdner. Dies zeigte sich am folgenden Sitzungstag, an dem die Tribüne erneut gut gefüllt war, als der LINKE-Antrag zur Überprüfung des Wohnungsunternehmens behandelt wurde. In einem extra für die Stadtratssitzung hergestellten Video ließen die LINKEN mehrere Mieterinnen und Mieter über ihre Erfahrungen mit der Vonovia zu Wort kommen. Selten war es im Stadtrat so ruhig wie während dieses knapp fünfminütigen Films. Zur Begründung des Antrags ging LINKEN-Fraktionsvorsitzender André Schollbach auf rechtlich fragwürdige Mieterhöhungen sowie drastische Steigerungen von Betriebskosten ein. „Die Betroffenen stehen als einzelne kleine Mieter einem großen finanzstarken Immobilienkonzern gegenüber und dürfen von der Stadt mit ihren Problemen nicht länger allein gelassen werden,“ sagte Schollbach.

Die CDU schlug sich auf die Seite des Wohnungskonzerns. CDU-Stadtrat Ingo Flemming verstieg sich mit Blick



Stadträtin Pia Barkow und LINKE-Fraktionsvorsitzender André Schollbach vor der Vonovia-Filiale in der Johannstadt. Große Resonanz gab es bei betroffenen Mieterinnen und Mietern.
Foto: Maximilian Kretschmar

auf den Antrag zur Überprüfung der Vonovia sogar zu folgender Aussage: „Das Schlimmste ist, dass dieses demagogische Spiel auf Kosten eines wichtigen und seriösen Partners der Stadt ausgetragen wird.“ Die Sozialcharta werde eingehalten.

AfD: „Verkauf der Woba war richtig“

Stefan Vogel (AfD) äußerte sich sogar lobend über die Totalprivatisierung der einst städtischen Wohnungsbaugesellschaft: „Der Verkauf der damaligen Woba

war richtig.“ Wirtschaftlich betrachtet leiste Vonovia keine schlechte Arbeit.

Schließlich wurde der LINKEN-Antrag mit einer Mehrheit von LINKEN, Grünen, SPD und Bürgerfraktion gegen die Stimmen von CDU, FDP und Oberbürgermeister Dirk Hilbert beschlossen. Damit wurde die Stadtverwaltung beauftragt, eine vertiefte Überprüfung der Vonovia durchzuführen. Hierbei soll zum Beispiel geprüft werden, ob und inwieweit Betriebskosten überhöht abgerechnet oder Mieterhöhungen rechtswidrig vorgenommen wurden, etwa

durch die unzutreffende Wohnlageneinstufung, die falsche Ausstattungsklasseneinordnung oder die Überschreitung rechtlich zulässiger Mieterhöhungen. Sollte das zutreffen, müssen unverzüglich rechtliche Schritte gegen den Wohnungskonzern eingeleitet werden. Zudem wurde beschlossen, dass alle durch die Sozialcharta geschützten Mieterinnen und Mieter sowie der Mieterverein und die Verbraucherzentrale in die vertiefte Prüfung einzubeziehen sind. Weitere Informationen und einen kurzen Film zum Thema gibt es im Internet: www.linke-fraktion-dresden.de.

#staddrat

Stadtrat im Livestream

Alle Sitzungen des Dresdner Stadtrates können im Internet via Livestream verfolgt werden: www.dresden.de/de/rathaus/politik/stadtrat/stadtratssitzung-live3.php
Wer nicht live dabei sein kann, hat auch später die Möglichkeit, den aufgezeichneten Mitschnitt unter diesem Link abzurufen. Gezwitschert wird übrigens unter dem Hashtag #staddrat bei Twitter.



Anwohnerparkplätze für die Südvorstadt

Neue Parkregeln in Plauen

von Jürgen Stäbener

Südvorstadt. Die Not nach freien Stellflächen ist groß. Auch weil hier viele Pendler parken. Daran will der Plauer Stadtbezirksbeirat der LINKEN, Jürgen Stäbener etwas ändern. Die neuen Rechte der Stadtbezirksbeiräte ermöglichen ein Vorschlagsrecht auszuüben. Auch 2019 bleibt die Thematik „Neue Parkregelung in Plauen“ im Stadtbezirksbeirat aktuell. DIE LINKE aus dem Stadtteil Plauen wagen einen neuen Vorstoß im Streit um die Parkplatznot hinter dem Hauptbahnhof. Dabei geht es um das Anwohnerparken im Gebiet hinter dem Hauptbahnhof.

Vor fünfzehn Jahren hatten Anwohner der Wohnungsgenossenschaft „Glückauf Süd“ eG in einer Befragung dieses Konzept abgelehnt. Die Wohnungsgenossenschaft „Glückauf Süd“, Dresden eG hat westlich der Fritz-Löffler-Straße, im sogenannten „Schweizer Viertel“ viele Wohnungen in seinem Bestand. Der Ortsbeirat folgte damals dem Votum der Bewohner. Seitdem gibt es an einigen Straßen in Bahnhofsnähe Parkscheinautomaten, aber schon 80 Meter hinter dem Bahnhof darf jedermann kostenlos parken. Dies bedeutet für die Anwohner am Tage viele Runden zu drehen, bis ein Parkplatz gefunden wird. Pro Jahr bedeutet das 2 bis 3 Tankfüllungen mehr zu bezahlen und schlechte Luft. Aber auch die vielen Pendler und Besucher kreisen tagtäglich. Zusätzlicher Lärm und noch mehr schlechte Luft.

DIE LINKE selbst hatte bereits 2015 die Lage erneut analysiert. In 560 Haushalten an der Berg-, Bernhard, Schweizer, Liebig-, Lindenau- Winckelmann- und Leubnitzer Straße hatten die Plauer Genossen Fragebögen an die Bewohner verteilt. Es meldeten sich 144 Bewohner zurück. „Die Bewohner wünschten mit großer Mehrheit eine Parkraumbewirtschaftung“, sagt Jürgen Stäbener, der für DIE LINKE im Stadtbezirksbeirat Plauen sitzt. Demnach sei die Situation besonders schlimm, wenn Besucher in das Schweizer Viertel kommen. Einen Platz zum Parken finden sie nur schlecht. Selbst Menschen, die kein Auto haben, beschwerten sich über den vielen Durchgangsverkehr von suchenden Autofahrern im Viertel.

Ein anderes Ergebnis erhielt der Plauer Ortsverband auf der östlichen Seite der Fritz-Löffler-Straße: Die Bewohner der Andreas-Schubert-Straße, der Hochschulstraße und der Schnorrstraße waren ohne Parkraumbewirtschaftung zumeist zufrieden, obwohl zu jeder Tageszeit nur

vereinzelt freie Parkkapazitäten zu verzeichnen sind. Es häufte sich 2015 die Antwort, der Parkraum sei sehr knapp, aber ein Parkplatz wird immer gefunden. Eine hohe Frequenz von auswärtigen Nutzern wird gesehen, aber die Notwendigkeit eines kostenpflichtigen Bewohnerparkens wurde noch 2015 verneint. Aus Kostengründen würden zahlreiche Anwohner, die über einen PKW verfügen, ihr Fahrzeug lieber kostenfrei woanders abstellen, als sich auf das Bewohnerparken einzulassen. Die Befragung im Bereich Hochschulstraße ergab, dass vorwiegend abends und nachts das Parken aus Sichtweise der Bewohner als Problem beschrieben wurde. Jürgen Stäbener damals: „Die Vermutung liegt nahe, dass in den Abendstunden und nachts die Bewohner zumeist untereinander um die knappen Stellplätze konkurrieren. Daher lässt sich auch erklären, dass im Bereich Hochschulstraße viele Teilnehmer in der Befragung nur selten Stellungnahmen abgegeben haben, wie die Parkprobleme am Tage gesehen werden.“

Sehr viele Bewohner in der gesamten Südvorstadt nutzen aber auch keinen PKW. Auch von diesen Bewohnern gab es Teilnehmer an der Befragung. Es deutet sich sogar an, dass dies der überwiegende Teil der Bewohnerhaushalte zu sein scheint. Diese wünschten, dass ihr Besuch durch das Bewohnerparken nicht behindert wird. Sie gaben an, dass es einigen Besuchern ungeeignet erscheint, mit ÖPNV anzureisen. Die Plauer LINKEN planten nach dieser Auswertung eine Bürger- und Bürgerinnenkonferenz durchzuführen. Die Methode „Bürger- und Bürgerinnenkonferenz“ ist sehr anspruchsvoll, aber ergebnisträchtig und außerordentlich partizipativ. Die Grundidee besteht darin, erstens Mitglieder der Partei DIE LINKE aus Plauen und zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger einzuladen, zweitens die sich bildende Gruppe eigenständig eine Handlungsempfehlung für die Politik erarbeiten zu lassen und sich so drittens durch dieses „Bürger-votum“ beraten zu lassen. Die Bürger- und Bürgerinnenkonferenz basiert auf der wissenschaftlichen Feststellung, dass die Beratung durch Gruppen von Nicht-Fachleuten erstaunlich hochwertige Leistungen erbringen kann. Somit lassen sich auch Planungskosten der Verwaltung reduzieren. Das Ergebnis lautete im Dezember 2015: Angesichts vieler Bedenken sollte den auswärtigen Parkplatzsuchenden zunächst ein alternatives Parkplatzangebot unterbreitet werden.



Doch OB Hilbert machte bei seinem Besuch im Ortsbeirat Plauen am 08.11.2016 klar: „Wir bauen keinen zusätzlichen neuen Parkplatz an der Strehlerer Straße. Er sehe auch keine Mehrheiten im Stadtrat, die dafür Geld ausgeben wollten.“

Parkplatzsuche in der Südvorstadt hatte damit weiterhin etwas von Abenteuer: Man weiß nie, wie es am Ende ausgeht. Und sollte man am Ende doch einmal Glück haben und eine Lücke finden, kann man voller Stolz seinen Freunden davon berichten. In der Südvorstadt wird derzeit intensiv über die Einführung des Bewohnerparkens diskutiert. In den dortigen Wohngebieten ist die Parkplatzsuche ein ernstes Problem, das Stadtbezirksbeirat, Stadtverwaltung und besonders die Bewohner beschäftigt. Die Frage ist: Entschärft das Bewohnerparken die Parksituation in der Südvorstadt? Derzeit erarbeitet der Stadtbezirksbeirat der Stadtverwaltung Vorschläge zu, wie sich das Bewohnerparken verwirklichen ließe. Selbst Jürgen Stäbener dämpft aber allzu große Erwartungen einiger Bewohner, dass dadurch alle Parkprobleme gelöst würden. „Es werden dadurch keine zusätzlichen freien Parkplätze geschaffen“, sagt er. Jedoch könnten Bewohnerparkplätze – und das ist sicher ein Anliegen vieler Anwohner – vor allem Berufspendler von den Plätzen vor der eigenen Haustür vertreiben. In Jena habe sich seit einigen Jahren das sogenannte Mischsystem bewährt, heißt es aus Kreisen der Jenaer Verkehrsplaner. Bei diesem System erhalten Anwohner gegen eine kleine Gebühr einen Parkausweis für ihr Gebiet. Zudem sind einige Flächen für Pendler frei – sie können gegen eine Gebühr dort ihr Auto abstellen. An den Straßen sind entsprechende Parkscheinau-

tomaten aufgestellt. Das Mischsystem hat – im Gegensatz zum ausschließlichen Bewohnerparken – den Vorteil, dass die Parkflächen tagsüber, wenn viele Bewohner zur Arbeit fahren, genutzt werden können. Auch für die Südvorstadt käme das Mischsystem in Frage, insbesondere da wo Geschäfte und Arztpraxen sind, meint Stäbener.

Jedoch gibt es auch einen Nachteil: Für die Stadt ist das System sehr teuer. Der Unterhalt der Automaten kostet, und umso weiter die Automaten Richtung Süden aufgestellt werden, wo niemand gegen Gebühr sein Auto abstellen will, umso unrentabler werden sie. Aus diesem Grund könnten Nöthnitzer Straße und Hohe Straße künftig bereits die äußerste Grenze für das Bewohnerparken der Südvorstadt sein und damit über die Südvorstadt hinausgehen. Parkautomaten müssten nur marginal ergänzt werden.

Das Mischsystem funktioniere nämlich nur dort, wo auch tagsüber freie Flächen verfügbar sind. Und das sei in Bahnhofsnähe nicht der Fall. „Wir haben am Bahnhof an Parkuhren teilweise eine Parkauslastung von 100 Prozent“, sagt Stäbener. Auch tagsüber seien die Straßenseiten voll belegt. Unsere Kennzeichenuntersuchung habe außerdem ergeben, dass unter den parkenden Autos gar nicht so viele Pendler dabei sind. Der Effekt des Mischsystems wäre dort überschaubar und die Kosten hoch. „Das System funktioniert nur da gut, wo die Anwohner tagsüber weg sind und dann die Pendler kommen“, sagt Stäbener. Im Stadtbezirksbeirat Dresden-Plauen bleibt die Thematik aktuell, denn jede Lösung ist besser als der derzeitige Zustand.

#social media

Gut informiert sein mit einem Klick



www.facebook.com/DieLinkeDresdnerStadtrat



twitter.com/LinkeStadDtrat



www.youtube.com/channel/UC3vuHY1KgCCcsVwA8YUx6zw



www.instagram.com/linkestadtrat

Neueste Infos unserer Fraktion können im Netz abonniert werden

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. Thomas Feske
Satz und Layout: Max Kretzschmar

Mitarbeit an dieser Ausgabe: André Schollbach, Tilo Wirtz, Andreas Naumann, Jürgen Stäbener, Jens Matthes
Fotos: Maximilian Kretzschmar
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei

Der Turm fällt

Enthauptungsschlag – in mehreren Sitzungen des Bauausschusses und endgültig im Stadtrat wurde das geplante Verwaltungszentrum einen Kopf kürzer gemacht

von Tilo Wirtz

Eine viertel Million Euro hat der Wettbewerb für das neue Verwaltungszentrum am Ferdinandplatz verschlungen. Angesichts dessen scheint das Stadtplanungsamt entschlossen, das Ergebnis „schön“ zu finden, egal, wie besoffen man zwar nicht sein, aber sich und andere dafür quatschen muss.

Über Geschmack lässt sich ja bekanntlich streiten, allerdings erschließen sich die Vorzüge des preisgekrönten Entwurfes nicht direkt. Rechteckige ungliederte Ansichten vom Georgplatz aus, schräg verlaufende Fassaden am Ferdinandplatz und immer im Stadtbild aggressiv wirkende spitzwinklige Kanten, die in die Stadt hineinspießen. Angenehm an dem Entwurf und beeindruckend allenfalls das rendering, also die Bildkomposition, die einen in Stahl-Glas entworfenen Baukörper mit einer üppig in Herbst- und Sonnenuntergangstöne getauchten Stadtlandschaft umrahmt, während die Sonne gleißend auf dem Nürnberger Platz zu liegen scheint. Sei's drum.

Bedenken und Auflagen schon im November 2017

Unter Termindruck begannen nach dem städtebaulichen Wettbewerb 2017 die Arbeiten am Bebauungsplan, also an der Bauleitplanung für das neue Verwaltungszentrum. Dreimal muss ein Bebauungsplan durch den Stadtrat. Zuerst mit dem Aufstellungsbeschluss, dann mit dem Entwurf und der Offenlage und zuletzt mit der Abwägung der Eingaben aus der Offenlage und dem Satzungsbeschluss. Doch bereits bei der ersten Abstimmung anlässlich des Aufstellungsbeschlusses hagelte es Auflagen aus dem Bauausschuss. Dabei enthält der Aufstellungsbeschluss normalerweise nur Plangebiet und ein allgemein formuliertes Planungserfordernis und Planungsziel. Schon im November 2017 war dem Bauausschuss aber nicht wohl. Neben einer fehlenden Gliederung der bis knapp achtzig Meter langen Fassaden wurde besonders der Hochhausteil misstrauisch beäugt. Das Stadtplanungsamt wünschte sich einen Hochpunkt am weitläufigen Georgplatz, der auch im Siegerentwurf enthalten war. Wie dieser Hochpunkt allerdings im Gesamtbild der Stadtsilhouette an dieser Stelle wirkte, hatte die hochmögliche Jury nicht bewertet. Im gesamten Wettbewerb schien diese sehr wichtige Frage keine Rolle gespielt zu haben.

Der Bauausschuss stimmte dem Aufstellungsbeschluss seinerzeit zwar zu, gab allerdings dem Oberbürgermeister einige Hausaufgaben auf. Demnach sollten die langen Fassadenflächen nun untergliedert und vermaßstäblicht werden, ein Material- und Farbkonzept war zu erstellen und eine Gestaltung von Erdgeschosszonen und Dächern wurde verlangt. Leider wurde vom Ausschuss diese Aufgabenstellung etwas aufgeweicht und auf das Hochbauprojekt verschoben – was immer das in einem Aufstellungsbeschluss zu



Nicht untersucht im Wettbewerb - das geplante Technische Rathaus würde Frauenkirche und Rathausturm verdecken (weißer Platzhalter)

einem B-Plan zu suchen hat. Wesentlich eindeutiger war da die Auflage, die Wirkung des an der Ecke am Georgplatz vorgeschlagenen Büroturmes in der Stadtsilhouette zu überprüfen und damit die Lücke im Wettbewerbsverfahren zu schließen. Diese Überprüfung sollte wohlgeemerkt vor Fertigstellung des Entwurfes vorgelegt werden.

Stadtplanungsamt: Bedenken ignorieren und Kurs halten

Das Stadtplanungsamt tat – nichts. Unverdrossen erreichte die Öffentlichkeit und den Stadtrat Mitte Oktober 2018 der Entwurf zum Bebauungsplan mit einem sechzig Meter hohem Hochhausteil. Alarmiert eilte der Verfasser dieses Artikels auf die Südhöhe und stellte fest, dass bei Errichtung des gewünschten Hochpunktes von Süden die Frauenkirche in der Stadtsilhouette schlicht bis zum Ansatz der Laterne weg wäre, während der Turm des Neuen Rathauses bis zum Dachansatz verdeckt wäre. Der Eingriff in die Stadtsilhouette wäre enorm. Verstehen wir uns nicht falsch. Auch altehrwürdige Stadtansichten dürfen – behutsam – ergänzt und verändert werden. Allerdings nicht, wenn wichtige Bestandteile wie hier konkret Rathausturm oder Frauenkirche verdeckt werden und vor allem auch nicht, wenn dieses neuen Baukörper gar nicht im Stadtkern stehen, sondern sich naseweis in unpassender Gestaltung und falscher Positionierung im Stadtgrundriss von außerhalb des Stadtkerns vordrängen.

Als erste Bedenken nun auch bebildert in der Presse diskutiert wurden, fiel das Stadtplanungsamt in Schockstarre. Die Vorlage wurde zunächst nicht im Bauausschuss beraten, von der Tagesordnung des Stadtbezirksbeirates wurde der Plan „wegen Überarbeitungsbedarfes“ zurückgezogen. Nach zwei Monaten Pause dann doch noch die erste Lesung im Bauausschuss. Inzwischen hatte das Stadtplanungsamt Visualisierungen am digitalen Stadtmodell erstellt. In

der Geschwindigkeit eines Daumenkinos prasselten die Darstellungen, ausgesucht weitwinklig und weitläufig auf die Leinwand, kommentiert vom Leiter des Stadtplanungsamtes, so schlimm sei das Hochhaus nicht.

Ein Hochhaus tappt durch's Stadtbild

Einer detaillierteren Betrachtung hielt dies allerdings nicht stand. Die Synagoge erhielt in den Visualisierungen eine „Mütze“, aus Blickrichtung Großer Garten thronte das Hochhaus „big brother is watching you“ über dem Hygienemuseum, von der Neustadt aus gesehen tappte dieser Hochpunkt wie ein kostümierter Bühnenhandwerker durch die (neo)barocke Kulisse der Dresdner Altstadt, während es am Ende von Süden aus das Stadtbild regelrecht verdarb. Der Bauausschuss war fraktionsübergreifend beeindruckt von der gründlicheren Darstellung der Konfliktpunkte. Aus dem geschilderten Problem folgte als Lösung der Vorschlag seitens der LINKEN, den Neubau vertraglich für die Stadtsilhouette zu begrenzen, nämlich auf 38 Meter Höhe. Bei dieser Höhe wäre eine Überdeckung mit Frauenkirche oder Rathausturm vermieden worden. Hier zog die den Baubürgermeister vertretende Umweltbürgermeisterin Eva Jähni (Bündnis 90/Die Grünen) seitens der Verwaltung die Notbremse und bat um Vertagung des Bebauungsplanes auf eine Sondersitzung, die eine Woche später anberaunt wurde.

Zeitdruck machen, zum Schein nachgeben und trotzdem Baurecht schaffen

Weitere Informationen wie Visualisierungen sowie ein Entwurf der Ausschreibung des Wettbewerblichen Dialoges gingen den Ausschussmitgliedern zwei bzw. drei Tage vor der Sondersitzung zu. Kern war, das Hochhaus in seiner Höhe statt auf sechzig auf fünfzig Meter zu begrenzen. Die Kritikpunkte

waren dabei nicht bereinigt. Noch immer betätigte sich der geplante Baukörper als Dissonanz in einem ansonsten ziemlich harmonischen Akkord. Unter Zeitdruck und der Panikmache der Verwaltung, wenn jetzt nicht entschieden würde, würde das ganze Projekt gefährdet, näherte sich der Ausschuss am Ende mit einer Höhenbegrenzung von 43 Metern stark an den Vorschlag der LINKEN von 38 Metern an. Eine gewisse Störung des Stadtbildes vor allem von Süden muss weiter konstatiert werden.

Nicht nur die Ausschreibung, sondern das Baurecht ändern!

Vorsicht ist bekanntlich die Mutter der Porzellankiste. Seitens der LINKEN wurde nun die Beschlussfassung in den Stadtrat gehoben. Noch eine Woche sollte Zeit sein, den Beschluss des Ausschusses zu prüfen und Rücksprache zu nehmen. Änderungsbedarf wurde dann auch entdeckt. Denn der Verwaltungsvorschlag für einen „Kompromiss“ hätte keinen Einfluss auf das Baurecht gehabt und keinen Niederschlag im Bebauungsplan gefunden. Dort wäre es weiter bei einem sechzig Meter hohen Hochpunkt vor der Altstadt geblieben. Geändert worden wäre lediglich unverbindlich und jederzeit anders entscheidbar die Ausschreibung für das städtische Bauprojekt. Dem nun folgenden Antrag der LINKEN, auch den Bebauungsplan auf den Kompromiss von 43 Metern zu ändern, folgte der Stadtrat einstimmig. Im Ergebnis wurde die Stadtsilhouette von der Politik, insbesondere durch die Änderungsanträge und Visualisierungen der LINKEN gerettet. Nicht ganz, aber fast ganz. Städtebau kann aber eigentlich nicht wie ein Fleischerladen betrieben werden, wenn bei gewissen Gewichtsunterschieden gerufen wird: „Soll ich was abschneiden oder kann ich's so lassen?“

#kolumne

Ganz hinten links



von Jens Matthis

Niemand kann behaupten, dass die CDU nicht lernfähig sein. Das ist nicht wahr.

Als man vor 25 Jahren begann, Kinderkrippen und Kindergärten zu schließen und die Gebäude abgerissen oder verkauft wurden, war die Dresdner CDU dafür. Sie setzte sich gegen die Ewiggestrigen durch, die meinten, die Zahl der Kinder könne auch mal wieder steigen und die Gebäude könnten noch gebraucht werden.

Die gleichen Ewiggestrigen wollten vor 20 Jahren verhindern, dass damals nicht ausgelastete Schulen geschlossen, abgerissen und verkauft werden. Die CDU-Fraktion mit ihrer demografischen Weitsicht machte diesen rückwärtsgewandten Träumern einen Strich durch die Rechnung.

Folgerichtig sorgte die CDU vor 15 Jahren dafür, dass beim Totalverkauf der kommunalen Wohnungsbestände, der Käufer auch noch zum Abriss tausender Wohnungen verpflichtet wurde. Schließlich wusste ja die CDU, dass diese Häuser im Mieterparadies Dresden ohnehin nur leer stehen würden.

Manchmal geht es ungerecht zu in der Welt und die Wirklichkeit richtet sich nicht nach der Weitsicht. Und so müssen heute in Dresden viele Kitas, Schulen und Wohnhäuser neu gebaut werden. Irgendjemand hat die ganz zwangsläufige demografische Entwicklung durcheinandergebracht.

So blamiert sich die Dresdner CDU nicht noch mal. Vielleicht kehrt sich der Trend in den Großstädten ja wieder um und die Leute wollen plötzlich wieder mehr Auto und weniger Straßenbahn oder Rad fahren. Und wahrscheinlich wird dieser mysteriöse Klimawandel auch kurzfristig wieder abgesagt. Diesmal ist man vorbereitet.

Die Umwandlung einer nicht mehr benötigten Autofahrbahn in einen Radweg konnte erfolgreich verhindert werden. Dresden bleibt eine autoerrechte Stadt und sieht der hellen Zukunft, in der die bisher uneinsichtigen Radfahrer*innen endlich auf ein Automobil umsteigen mit Zuversicht entgegen. Dank der weitsichtigen CDU.

Ohne Dach überm Kopf

von Andreas Naumann

Wohnungslosigkeit ist seit den letzten zehn Jahren wieder verstärkt Thema geworden. Es ist sogar wieder die krasseste Form, die Obdachlosigkeit auf den Straßen sichtbar. Und zwar nicht nur in armen Ländern, sondern in unserer reichen Nation. In einigen größeren Städten prägen Obdachlose wieder das Straßenbild. Dresden hat nicht diese offene Wohnungslosenszene wie Berlin, Leipzig oder Frankfurt/Main, aber nicht für jeden sichtbar besteht dieses Problem trotzdem. Es gibt kaum verwendbare Erhebungen, weil diese Menschen für das Bürgertum eher eine Problemgruppe darstellen und sie nicht explizit in das Aufgabengebiet der Daseinsvorsorge fallen. Die Lebensbasis, also Wohnraum, finanzieller Lebensgrundbedarf und Beratungsangebote zur Hilfe, sind gesetzlich geregelt und müssen von der Kommune bereit gestellt werden, aber die Ursachen, die zur Wohnungslosigkeit führen, werden kaum thematisiert.

Oft ist es die geringe Ausstattung der Lebensbasis selbst; aber es wirken auch die komplexen gesellschaftlichen Zusammenhänge, aus denen ein Teil der Menschen keinen Ausweg mehr findet und weswegen sie letztlich auf der Straße oder unter Brücken landen. Unbemerkt wirken städtebauliche Faktoren wie Segregation, schlechte Einkommensverhältnisse wie Harzt4, Herkunftsmilieus aber auch Schul- und Ausbildungsniveau.

Viele Menschen machen es sich leicht, indem sie diese Menschen als Alkoholiker oder Drogensüchtige abtun und ihnen damit die Schuld für deren prekäre Lagen selbst zuschieben; und verkennen dabei, dass Alkohol und Drogen die Folge der genannten Lebensfaktoren sind, nicht deren Ursache. Notwendig wären Langezeitforschungen in den Milieus, um Maßnahmen gegen das Abdriften der Menschen einzuleiten. Aber das findet mit der Behauptung, dass man die Ursachen doch kenne, nicht statt. So bleibt die Feststellung, dass man zwar angeblich weiß was zur Woh-



nungslosigkeit führt, aber die Zahl der Wohnungslosen nimmt trotzdem stetig zu. In einer Gesellschaft, die sich immer mehr in Reiche und Arme spaltet, besteht eben kein Interesse an denen, die verlieren, auf beiden Seiten nicht.

Darum beschäftigt man sich weder wissenschaftlich noch politisch mit dem Thema, sondern überlässt es Ehrenamtlichen und Sozialträgern. Bei genauer Betrachtung wüsste man, dass es den Obdachlosen, wie er noch im vorige Jahrhundert als Penner oder Landstreicher bezeichnet wurde, heute nicht mehr gibt. Auch diese Gruppe ist wie die gesamte Gesellschaft extrem ausdifferenziert und zwar quer durch alle Altersklassen. Dazu kommt die Unterscheidung in Wohnungslose und Obdachlose. Deutsche Staatsbürger haben eine Rechtsanspruch auf Wohnraum und werden darum als Wohnungslose bezeichnet, wenn sie aus irgendeinem Grund keine Wohnung haben. Nichtdeutsche habe ihn nicht, Ihnen bleibt wirklich nur noch die freie Natur als Lebensraum. Sie sind

obdachlos. Erkennbar sind Tendenzen, die sich deutlich von denen von vor 10 Jahren unterscheiden. Der Anteil junger Wohnungsloser wächst, die Aggressivität der Betroffenen nimmt zu, der Anteil Frauen unter ihnen ist leicht gestiegen, Obdachlose werden von der bürgerlichen Gesellschaft aus dem Stadtbild vertrieben. Mit der Ersetzung des humanistischen Weltbilds durch die neolibérale Ideologie entstehen zwangsläufig diese Randgruppen. Notwendig ist eine ausgewogene Sozialpolitik, die steht aber immer im Widerspruch zur marktorientierten Wirtschaftspolitik und ist darum kaum lösbar. Eine wirklich linke Politik kann darum eigentlich nicht anderes tun, als der neoliberalen Gesellschaftsordnung entgegenzuwirken, wenn sie sich wirklich sozial versteht.

Stadtrat Andreas Naumann leitet seit 15 Jahren die AG Wohnungslosigkeit in der Stadt, in der Sozialträgern der Wohnungslosenhilfe, Stadträte und Verwaltung mitarbeiten.

Identitätskrise in einem zerrissenen Land – Der Versuch einer Annäherung

Seit über vier Jahren laufen jeden Montag hunderte Menschen als „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) durch Dresden. Ihre Ansichten und Parolen spalten die Stadt, spalten das Land.

Die Grimmpreisträgerin und gebürtige Dresdnerin, Sabine Michel, hat in „Montags in Dresden“ drei Demonstrationen über ein Jahr lang begleitet und sie nach ihren ganz privaten Gründen für das Aufbegehren gefragt.

„Sabine Michel hat keinen politischen, sondern einen eher psychologischen Ansatz, sie will niemanden übertrumpfen, sie will nicht Recht haben, sie will wissen, was ihre Protagonisten im Innersten antreibt. Sie hat einen Film über die Wut gemacht, die seit vielen Jahren gärt und sich seit 2014 öffentlich zeigt.

Was steckt dahinter? Was sind die wahren Ursachen?“ (Sabine Rennefanz)

Der Schriftsteller Lukas Rietzschel, geboren in Räckelwitz und aufgewachsen in Kamenz, beschreibt in seinem hochgelobten Debütroman „Mit der Faust in die Welt schlagen“ das langsame Wachsen des Zorns insbesondere in der sächsischen Provinz der Nachwendzeit. Eine hochaktuelle literarische Auseinandersetzung mit unserem zerrissenen Land. Dem dokumentarischen und dem literarischen Erzählen über die aktuelle Identitätskrise widmen wir uns in dieser Veranstaltung.

Dienstag, 5. März 2019, ab 18 Uhr
Filmtheater SCHAUBURG, Königsbrücker Straße 55
Eintritt frei

DRESDEN
2025
KULTUR
HAUPTSTADT
MACHER

Es diskutieren Regisseurin und Autor mit dem Kurator der Dresdner Kulturhauptstadtbewerbung 2025, Michael Schindhelm. Warum ist gerade im Osten Deutschlands das Phänomen Pegida so präsent? Wann haben das Fremdheitsgefühl und das Misstrauen ihren Anfang genommen? Um welche Ängste geht es eigentlich? Welche Rolle spielt die immer noch herrschende Ungleichheit zwischen Ost und West? Werden alte Ressentiment gegenüber „denen da oben“ auf das Heute übertragen? Diese Fragen stehen in engem Zusammenhang mit dem Motto „Neue Heimat Dresden 2025“ der Dresdner Kulturhauptstadtbewerbung.